Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Zeitgeist“, jeden Mittwoch „Technische Rundschau“, jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Chronik „Der Welt-Spiegel“, jeden Freitag das illustr. Witzblatt „ULK“, jeden Sonnabend „Haus Hof Garten“; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post viertelj. 6 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2.10 M., viertelj. 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: fürs Ausland 8 M., fürs Inland 5.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46/49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10131-10148, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: à Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger“ und „Wohnungs-Anzeiger“ 50 Pf.) Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Prinzenstraße 41; Rathenower Str. 3; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 31; Frankfurter Allee 61/62; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1/6; Prenzlauer Allee 54; Schulzendorfer Str. 27; Badstr. 55; Charlottenburg, Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39; Friedenau-Steglitz, Rheinstr. 39; Groß-Lichterfelde-West, Carlstr. 1/2; Halensee-Grunewald, Henriettenpl.; Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 130; Neukölln, Berliner Str. 41; Pankow, Bornholmer Str. 1; Schöneberg, Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9; Tegel, Berliner Str. 90; Tempelhof, Berliner Str. 104a; Weißensee, Berliner Allee 28; Wilmersdorf, Uhlandstr. 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H., Steinstr. 1; Frankfurt a. O., Regierungsstr. 5; Potsdam, Brandenburger Str. 23; Spandau, Breite Str. 47.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 246.
41. Jahrgang

Mittwoch
15. Mai 1912

Marschalls Abschied.

(Von unserem Korrespondenten.)

Konstantinopel, 12. Mai.

Der Weggang des Freiherrn v. Marschall ist hier immer noch das große Tagesereignis. In allen politisch interessierten Kreisen fährt man fort, den bevorstehenden Botschafterwechsel eifrig zu diskutieren, Vermutungen zu äußern, Möglichkeiten zu besprechen. Und fast allgemein wird bedauert, daß Freiherr v. Marschall nur zum Abschiednehmen noch einmal nach Konstantinopel zurückkehren wird.

Man kann sich die türkische Hauptstadt ohne den Freiherrn v. Marschall einstweilen nicht recht vorstellen. Der Botschafter hat hier in den fünfzehn bewegten Jahren, die er in dem weithin sichtbaren Botschaftspalais über dem Bosporus verbracht hat, eine derartige Popularität gewonnen, daß er beinahe, falls man den Ausdruck wagen darf, ein Stück Konstantinopel geworden ist. Alle Welt kennt ihn. Man zeigte ihn sich, wenn er in dem für seine mächtige Gestalt fast zu kleinen offenen Wagen, den Kawaß mit rotem Fes und vergoldetem Schwertgurt vor sich auf dem Bock, durch die „Große Straße“ von Pera fuhr, oder, nach lieber Gewohnheit ewig mit den Fingern spielend, im Taksimgarten spazieren ging. Das diplomatische Korps schien unvollständig, wenn Freiherr v. Marschall zufällig abwesend war und bei feierlicher Gelegenheit die anderen Botschafter und Gesandten nicht um Haupteslänge überragte.

Das Bedauern über sein Scheiden ist am stärksten natürlich in der deutschen Kolonie, in der man davon überzeugt ist, daß auch der beste Nachfolger dem scheidenden Botschafter in mancher Hinsicht unmöglich gleichkommen kann. Das Verhältnis, das sich in den fünfzehn Jahren der Wirksamkeit des Freiherrn v. Marschall am Goldenen Horn zwischen Botschafter und Kolonie herausgebildet hat, war einzig. Man übertreibt nicht, wenn man behauptet, daß die hier lebenden Deutschen an Marschall geradezu hängen. Für alle ist der Botschafter stets zu Hause gewesen. Ob es sich um einen bedrängten Kaufmann oder um einen neugierigen Journalisten handelte, er ließ sich nie verleugnen. Sogar in rein privaten Familienangelegenheiten pflegten Mitglieder der Kolonie sich an den Botschafter zu wenden, und er war stets bereit, Rat zu spenden und Beistand zu leihen.

Einzig war auch das Verhältnis des Freiherrn v. Marschall zu den Türken. Er ist für sie so etwas wie ein älterer erfahrener Freund gewesen, zu dem man sich aus den Wirrnissen des Lebens mit der Bitte um Rat flüchtet. Sie haben den Botschafter auch oft genug in kleinen und großen Dingen geärgert. Aber er hat sich nicht ernstlich ärgern lassen. Er wartete ruhig ab. Er wußte zu genau, daß sie doch immer wiederkommen würden, daß sie ihn brauchten. Die türkischen Blätter haben, wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, lange Artikel über Marschalls Scheiden von Konstantinopel veröffentlicht. In diesen Artikeln findet sich kein Wort des Bedauerns über den bevorstehenden Weggang des Botschafters. Es ist nicht türkische Sitte, Bedauern zu zeigen. Auch von Sorge wegen des Wechsels in der deutschen Botschaft ist darin nicht die Rede. Aber wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, merkt doch, daß auch die Türken Marschalls Scheiden aufrichtig beklagen und daß sie ihn mit einer gewissen Beklemmung scheiden sehen.

Am wenigsten Anlaß zu Trauer über Marschalls Scheiden haben — der „Temps“ hat es ja ehrlich gestanden — die Franzosen, die Engländer, die Russen, kurz alle, die einen Teil der deutschen Erfolge in Konstantinopel bezahlen mußten. Aber selbst in diesen Kreisen ist hier und da Bedauern über den bevorstehenden Wechsel in der deutschen Botschaft laut geworden. Und das ist durchaus nicht überraschend. Besonders die Franzosen haben keinen Grund, sich zu freuen. Es ist durchaus nicht wahr — die Herren Constans und Bompard wissen es am besten! —, daß Freiherr v. Marschall hier grundsätzlich die französischen Bestrebungen bekämpft hat. Im Gegenteil, er war stets geneigt, gerade mit Frankreich Hand in Hand zu gehen. Daß die französischen Botschafter die Zeichen der Zeit weniger gut verstanden als ihr deutscher Kollege, und weniger geschickt eine günstige Gelegenheit zu nutzen wußten, war nicht Marschalls Schuld.

Ein türkischer Exminister, dessen Sympathien mehr England als Deutschland gehören, hat mir gegenüber einmal zorniger Erbitterung über die geringere Geschicklichkeit der Entente-cordiale-Botschafter Ausdruck gegeben. „Freiherr v. Marschall ist der einzige kluge Diplomat hier bei uns,“ rief dieser Englandfreund in beinahe drolliger Wut, „alle anderen sind . . .!“ Und er schloß den Satz mit einem derben Wort. Tatsache ist, daß der deutsche Botschafter das ganze diplomatische Korps beherrschte. Er hatte überall den Vortritt, nicht etwa als „doyen d'âge“, sondern als „doyen d'intelligence“. Er setzte bei gemeinsamen Aktionen stets seinen starken Willen durch. Das zeigte sich noch jüngst — warum sollte man es verschweigen? — bei dem Vermittelungsschritt der Mächte. Alle anderen, der russische Vertreter auf Befehl seiner Regierung voran, schienen entschlossen, die italienische Antwort hier vorzulegen und die Pforte um eine Stellungnahme zu dieser Antwort zu ersuchen. Freiherr v. Marschall hat der Türkei diese Demütigung erspart. Er hat es durchgesetzt, daß der Schritt in Konstantinopel den gleichen Charakter erhielt wie der Schritt in Rom.

Das Erbe, das der scheidende Botschafter seinem Nachfolger hier hinterläßt, ist also nicht gering. Aber es wird dem neuen Botschafter nicht leicht fallen, dieses Erbe zu wirklichem Besitz zu erwerben. Alle Deutschen, deren Interessen auf guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei basiert sind, können sich daher einer gewissen Sorge nicht erwehren. Aber sie vertrauen darauf, daß Freiherr v. Marschall, dessen diplomatische Berichte seit Jahren schon alle großen Probleme der Weltpolitik berührten, auch an anderer Stelle der eigentliche Leiter unserer Orientpolitik bleiben wird.

Dr. W. Feldmann.

*

Die Ernennung des Freiherrn v. Marschall zum Botschafter in London ist jetzt **offiziös bekanntgegeben** worden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: „Wie wir hören, ist der kaiserliche Botschafter in Konstantinopel Freiherr Marschall v. Bieberstein zum kaiserlichen Botschafter in London ernannt worden.“ Ueber die Ernennung des Athener Gesandten v. Wangenheim zum Botschafter in Konstantinopel sagt das Regierungsblatt einstweilen noch nichts.

Die Straßburger Aeußerungen des Kaisers.

Die Bestätigung der Nachricht.

Bis gestern nachmittag konnte man annehmen, daß die Worte, die der Kaiser bei dem Frühstück in Straßburg gesagt haben sollte, zum mindesten sehr entstellt wiedergegeben worden seien. Diese Annahme traf nicht zu. Statt eines Dementis kommt von allen Seiten her die bestätigende Meldung, daß der Kaiser tatsächlich geäußert, er werde, falls die Dinge in Elsaß-Lothringen sich nicht änderten, die Verfassung in Scherben schlagen und Elsaß-Lothringen zu einer preußischen Provinz machen. Gegen diese Worte, die von einer völligen Verkennung der staatsrechtlichen Verhältnisse zeugen, muß mit aller Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden. Wir haben, wie schon im gestrigen Abendblatt gesagt, weder das anfängliche Verhalten der elsaß-lothringischen klerikal-sozialistischen Landtagsmajorität in der Frage des kaiserlichen Gnadenfonds, noch die Haltung des elsaß-lothringischen Landtags in der Affäre Grafenstaden gebilligt, aber die unbedachten Drohungen, die der Kaiser geäußert hat, können nichts bessern, sondern nur weit größeren Schaden anrichten. Weiß der Kaiser nicht, daß er gar nicht das Recht und die Macht hat, die elsaß-lothrigische Verfassung „in Scherben zu schlagen“? Hat ihm sein Reichskanzler nicht gesagt, daß er dabei der Zustimmung des Reichstages und des Bundesrates bedarf? Sieht er nicht, wie unerfreulich die Drohung, Elsaß-Lothringen solle Preußen einverleibt werden, in Süddeutschland wirken muß? Und glaubt er, mit der Ankündigung von Maßregeln Eindruck machen zu können, wenn jeder weiß, daß die Durchsetzung dieser Maßregeln unmöglich ist? Seine Verstimmung über die Vorgänge in Elsaß-Lothringen ist erklärlich, aber die Art, wie er dieser Verstimmung Ausdruck gegeben hat, ist bedauerlich. Man kann nur wünschen, daß, nach ruhiger Zurückweisung der staatsrechtlich unhaltbaren und politisch höchst bedenklichen Drohung den Partikularisten, Chauvinisten und allen Friedensstörern innerhalb und außerhalb Deutschlands schnell die Möglichkeit genommen werden möchte, sich als die Schützer der Verfassungsrechte aufzuspielen und aus den Worten des Kaisers Kapital zu schlagen. Daß die liberalen Kreise im Elsaß einer solch vernünftigen Auffassung zuneigen, zeigt das folgende Telegramm, das uns der Vorsitzende der Fortschrittsfraktion, der Abgeordnete Georg Wolf, aus Straßburg sendet:

Die Aeußerung des Kaisers ist eine private Auslassung ohne staatsrechtliche oder politische Bedeutung. Sie zeigt aber, daß der Kaiser von der Regierung über die Motive der Zweiten Kammer falsch informiert, oder daß er nur feindseligen Einflüssen ausgesetzt ist. Die angedrohte Maßnahme setzt eine chauvinistische Reichstagsmehrheit voraus, die ausgeschlossen ist, und dürfte schon im Bundesrat auf Widerspruch stoßen, da die süddeutschen Regierungen sich die Zustimmung sehr überlegen würden. Ruhig Blut und würdige Wahrung unserer Rechte, verbunden mit sachlicher parlamentarischer Arbeit, wird die rheinisch-westfälischen Anschläge zunichte machen.

Georg Wolf,
Vorsitzender der Fortschrittsfraktion.

Das Rezept, das der liberale Führer hier gibt, scheint uns das richtige zu sein.

Die Darstellung der Straßburger „Bürgerzeitung“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Straßburg, 14. Mai.

Die „Bürgerzeitung“ macht über die Aeußerungen des Kaisers und über den ganzen Vorfall folgende Mitteilungen: Der Kaiser zog gestern nach dem Frühstück beim Staatssekretär Zorn v. Bulach den hiesigen Bürgermeister Dr. Schwander in ein Gespräch, das sich auch auf die Landespolitik erstreckte. Im Verlaufe der Unterredung sagte der Kaiser in sehr ernstem, beinahe ärgerlichem Tone folgende Worte zu Dr. Schwander: „Hören Sie einmal, Herr Bürgermeister, Sie haben mich hier in Elsaß-Lothringen bis jetzt immer nur von der guten Seite kennen gelernt, Sie können uns aber auch von einer anderen Seite kennen lernen, wenn die Dinge hier nicht aufhören. So kann das nicht weitergehen. Wir heben die Verfassung dann einfach auf und verleiben Elsaß-Lothringen Preußen ein!“ Diese Aeußerungen sollen in so nachdrücklichem Tone gehalten worden sein, daß sie auch von einigen in der Nähe weilenden Gästen gut verstanden wurden. Später sprach, wie mitgeteilt wird, der Kaiser mit dem Mitglied der Ersten Kammer Dr. Vonderscheer in ernstem Gespräch über das gleiche Thema.

Auf Anfrage in sehr gut unterrichteten Kreisen werden mir diese Mitteilungen der „Bürgerzeitung“ **bestätigt**. Der Sinn der Aeußerungen des Kaisers decke sich mit den Angaben der „Bürgerzeitung“. Der Wortlaut sei etwas anders, da der Kaiser nicht von einem „Aufheben“ der Verfassung, sondern von einem „in Scherben schlagen“ gesprochen habe.

Aufregung und Mißstimmung in Elsaß-Lothringen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Straßburg, 14. Mai.

Die Ernennung des Unterstaatssekretärs Mandel zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel Exzellenz, die ostentativ, gewissermaßen als Antwort auf das Mißtrauensvotum der elsaß-lothringischen beiden Kammern verliehen wurde, und vor allem die Aeußerung des Kaisers gegenüber dem Bürgermeister Dr. Schwander, die wunderbarerweise in Paris früher als in Straßburg bekannt war, haben in der elsaß-lothringischen Bevölkerung tiefen Mißmut erweckt. Die Mitteilungen über die Worte des Kaisers fanden hier zunächst keinen Glauben. Im elsaß-lothringischen Landtage fanden heute vormittag die Debatten absolut kein Interesse, da die Abgeordneten sich nur mit den Aeußerungen des Kaisers beschäftigten, an die man aber auch dort nicht recht glauben wollte. Erst im Laufe des Spätnachmittags erfuhr man auf eingezogene Erkundigungen hin, daß jene Mitteilungen durchaus der Wahrheit entsprachen, und das Erstaunen darüber, daß der Kaiser solche Worte gesprochen habe, war allgemein. Man glaubte hier zu wissen, daß der Kaiser seinen ganzen Einfluß aufgeboten habe, um die Verfassungsreform im vorigen Jahre zustande zu bringen. Bei der elsaß-lothringischen Bevölkerung hat Wilhelm II. deshalb, aber auch von jeher wegen seiner ausgeprägten Persönlichkeit, die dem demokratischen Empfinden der elsaß-lothringischen Bevölkerung sympathisch ist, Beliebtheit genossen, und die Person des Kaisers blieb auch stets bei allen politischen Debatten im Parlament oder sonstwo völlig ausgeschaltet. Auch jetzt will man die Aeußerungen des Kaisers noch auf das Schuldkonto der reichsländischen Regierung setzen, und mehr noch auf den Einfluß alldeutscher Scharfmacher, die sich ja auch, wie bekannt, in der Umgebung des Kaisers befinden. Nicht allein in altelsässischen, sondern gerade in alldeutschen Kreisen haben die Worte des Kaisers sehr verstimmt und überall hört man die Ansicht aussprechen, daß die Versöhnungspolitik in Elsaß-Lothringen einen schweren Schlag erlitten habe. Fortschrittliche Politiker, die ich um ihre Meinung befragte, waren sämtlich der Ansicht, daß diese Worte besser ungesprochen geblieben wären, da eine gesetzgeberische Maßnahme nicht allein vom Kaiser abhänge, vielmehr der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages bedürfe. Wenn nun auch selbst im Bundesrat sich eine Mehrheit finden würde, so sei es sicher, daß der Reichstag weder in seiner heutigen, noch auch in einer zukünftigen Zusammensetzung die Hand dazu bieten würde, eine Aufhebung der elsaß-lothringischen Verfassung oder gar eine Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen herbeizuführen. Die Einverleibung wäre höchstens durch einen Staatsstreich möglich. Da deshalb die Worte nur eine Drohung enthielten, ohne jeden tatsächlichen Untergrund, so seien sie nur geeignet, die Lage in Elsaß-Lothringen zu verschlechtern. Bedauerlich sei es aber, daß die hiesige Regierung den Kaiser so schlecht unterrichtet habe.

Süddeutsche Kommentare.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Frankfurt a. M., 14. Mai.

Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich in ihrem Mittwoch-Morgenblatt an leitender Stelle mit den Aeußerungen des Kaisers in Straßburg, die das Blatt inhaltlich voll bestätigt. Es heißt da: „Als wir der im gestrigen Abendblatt wiedergegebenen Meldung des „Matin“ unsere Zweifel entgegensetzten, nahmen wir an, daß der Kaiser so etwas nicht gesagt haben könne und daß es sich um eine recht vorsichtig aufzunehmende Sensationsmeldung des Pariser Blattes handle. Leider war unser Optimismus unberechtigt. Der Kaiser hat tatsächlich so gesprochen, wie wir es gemeldet haben. Wenn auch vielleicht nicht ganz genau dem Wortlaut nach, so doch dem Sinne nach . . . In der schärferen Formulierung der „Matin“-Meldung: „Wenn das so fortgeht, so schlage ich Ihre Verfassung in Scherben“, erinnert das Wort des Kaisers an jene Wendung aus einer früheren Redeepoche: „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich.“ Aber auch in der Form unserer Straßburger Meldung wird das Wort die Oeffentlichkeit lebhaft beschäftigen und scharfen Kommentaren Anlaß geben. Man versteht nicht die Heftigkeit, mit der der Kaiser nicht nur die Vorgänge in Elsaß-Lothringen getadelt, sondern auch Drohungen ausgesprochen hat, deren Verwirklichung